

Niederschrift

zur 36. Sitzung des Ausschusses für Haushaltsüberwachung und Bürgerhaushalt der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 28.11.2018	18:32- 20:44 Uhr	Beratungszimmer des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Sebastian Rausch

Fraktion DIE LINKE.

Jürgen Grasnick , Gerold Sachse

CDU-Fraktion

Jens Hoffrichter ab 18.45 Uhr, Uwe Koch , Reinhard Ksink

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe ab 18.45 Uhr, Thomas Fischer , Nancy Krüger für Kai Hamacher

SPD-Fraktion

Jürgen Luban

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz

Sachkundige EinwohnerInnen

Christian Altmann , Thomas Apitz , Jürgen Hajduk

Verwaltung

Melanie Brückner, Anke Marggraf, Jens Mörsel zu TOP 7.1, Erster Beigeordneter Stefan Wichary

Abwesend

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Kai Hamacher entschuldigt

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die ordnungsgemäße Ladung und Anwesenheit wird festgestellt. Der Ausschuss ist beschlussfähig.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Verwaltung hat signalisiert, dass es für den nichtöffentlichen Teil Informationen gibt. Des Weiteren wird die Tagesordnung um den Pkt. 7.4. Haushaltssatzung 2018/2019 ergänzt.

Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift vom 07.11.2018

Zum TOP 7.2. der Niederschrift merkt Herr Thomas Apitz an, dass der erste Satz auf der Seite 5 in der Sachverhaltsdarstellung nicht notwendig ist und bittet um folgende Ergänzung:

„Die fehlende Notwendigkeit ergibt sich aus seiner Sicht vor allem auch daraus, dass die Verbotsfeststellung für die Begründung des außerordentlichen Charakters dieser Geschäfte nicht erforderlich ist“.

Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende informiert darüber, dass sich ein Bürger an den Landrat des Landkreises Oder-Spree gewandt hat, mit dem Unverständnis darüber, dass die Weihnachtsbeleuchtung auf Grund der vorläufigen Haushaltsführung nicht stattfinden kann. Vom persönlichen Referenten des Landrates liegt ein Antwortschreiben vor, in dem Unverständnis darüber ausgedrückt wird, dass dies offenbar eine politische Diskussion in Fürstenwalde ist. Dem Bürgermeister obliegt es, zu entscheiden ob eben auch bei vorläufiger Haushaltsführung solche Dinge wie u.a. kulturelle Ausgaben für Weihnachten stattfinden oder nicht.

Herr Fischer findet das Verhalten des Landrates fragwürdig, auch da die Antwort faktisch unverzüglich gekommen ist. Andere Anfragen der BFZ-Fraktion wie z.B. zu den Swap-Geschäften wurden zum Teil nicht hinreichend bzw. gar nicht beantwortet. Er fragt sich an welcher Stelle, bei welcher Maßnahme und auf welcher Grundlage soll ein Ausschuss oder der Bürgermeister entscheiden.

Herr Luban teilt in diesem Zusammenhang mit, dass die drei auszuführenden Betriebe per Mail die Mitteilung erhalten haben, dass die Weihnachtsbeleuchtung ausfällt; es wird weder montiert noch demontiert.

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Herr Almes (mit der Tonaufzeichnung einverstanden) findet, dass die Diskussion über den Haushalt zeigt, dass viele nicht mit Professionalität arbeiten. Er findet es nicht in Ordnung, dass persönliche Dinge eingebracht werden und der Haushalt absichtlich und auf Grund anderer Befindlichkeiten nicht zustande kommt. Dies ist zum Nachteil für alle Fürstenwalderinnen und Fürstenwalder.

Herr Riebe (mit der Tonaufzeichnung einverstanden) zitiert:

„Nach dem ich seit der STVV vom 18.10.18 das Agieren der Stadtverwaltung und der Fraktionen im Stadtparlament beobachtet habe, kann ich nur noch mit dem Kopf schütteln. Mit dem Einreichen der DS 6/DS/799 in die STVV am 18.10.18 war allen Anwesenden die Zielsetzung für eine rechtskräftige Haushaltssatzung bekannt. Die DS beinhaltet auch den Termin wie zu dem vorgegebenen Ziel am 22.11.18 vorgegangen werden sollte. Als anwesender Gast bei der STVV hatte ich keinen Widerspruch zu diesem Fahrplan aus den Fraktionen vernommen. Festgestellt habe ich nach der Vorstellung des Rohhaushaltes durch den Bürgermeister erstmals die Nachdenklichkeit in der STVV und glaube mich daran erinnern zu können, dass aus den Reihen der CDU-Fraktion die Bemerkung über einen Paradigmenwechsel gehört zu haben. Fröhlichen Mutes habe ich am 7.11.18 den Ausschuss für Haushaltsüberwachung aufgesucht, um im Detail zu erleben, wie sich der Ausschuss der Debatte zum vorliegenden Entwurf und zugehörigen Prioritätenlisten stellt. Ich muss hier nicht weiter ausführen, da Sie diese Beratung ja selbst genossen haben. Überrascht war ich über die Reaktion des Abgeordneten Sachse, welcher proklamierte mit den von der Verwaltung übergebenen Unterlagen nichts anfangen zu können. Rückblickend muss ich sagen, hat er bereits in dieser Bera-

tung angedeutet, worauf es am 22.11.18 hinauslaufen würde. Das Angebot von der amtierenden Kämmerin mittels Bildwerfer an der Wand nochmals anstehende Fragen zum Entwurf zu erläutern, wurde vom Vorsitzenden nicht angenommen. In bin an diesem Abend mit einem gemischten Gefühl nach Hause gegangen, weil ich ausgehend von meinem Verständnis für diesen Ausschuss eine lebhaftere Diskussion erwartet hatte. Beruhigt habe ich mich mit dem Gedanken an die bevorstehende Klausur am 11.11.18. Da sollten ja die fähigsten Fraktionsmitglieder nochmals abschließend beraten. Was daraus entstanden ist, konnte man zur STVV am 22.11.18 erleben. Anscheinend war die Klausur nicht erfolgreich, sonst hätte ich nicht so viel Distributed erlebt. Von einem gemeinsamen Bemühen um den Haushalt 2018 noch in Ordnung zu bringen war ihrerseits nichts zu spüren. Und nun komme ich zu meiner Frage an den Vorsitzenden. Sie haben das alles verfolgen können, warum haben Sie in Ihrer Person als Vorsitzender mit ihrer Kompetenz sich nicht dahingehend eingebracht, dass wenigstens der 2018iger Haushalt an diesem Abend zu einem Beschluss geführt werden konnte. Die geführte Argumentation der fehlenden Zeit war durchsichtig bis zum geht nicht mehr. Ich muss annehmen es waren Ihnen und Ihrer Fraktionsvorsitzenden die Schlagzeilen in der MOZ lieber, als die sachliche Arbeit der Verwaltung mit den Fraktionen für einen rechtskräftigen Haushalt. Wenn ich bei dieser Gelegenheit noch an die abgegebenen Statements der Fraktionen nach der Wahl des Bürgermeister erinnern dar. Da war nicht von Fundamentalopposition die Rede, sondern von konstruktiver Zusammenarbeit mit der Verwaltung. Die Bürger haben ein feines Gespür für Ihre machtpolitischen Spielchen und ich bin heilfro, dass Ihre Bewerbung zum Ersten Beigeordneten nicht von Erfolg gekrönt war und diese dann dauerhaft ertragen müssten“.

Herr Thomas Apitz zitiert seine Ausführungen zur Haushaltsdiskussion im HÜA am 7.11.18:

„Er versteht nicht, warum heute nur über den Ergebnishaushalt und nicht über den Finanzhaushalt diskutiert werden soll. Herr Rudolph hat, noch in seiner Position als Fraktionsvorsitzender der BFZ völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass es immer der Finanzhaushalt ist, der uns beschäftigt....“.
Er sagt weiter, dass es keine ausführliche Diskussion gegeben hat.

Herr Sachse geht davon aus, dass Herr Riebe als „Wutbürger“ für die nächste Kommunalwahl, wahrscheinlich für die AfD, kandidieren wird.

Erst vier Tage vor der STVV lagen die benötigten Unterlagen vor (zuvor standen nur vier A 4 Seiten Rohhaushalt den Abg. zur Verfügung) so Herr Rausch. In der Klausurtagung wurde mehrmals hinterfragt, wo sich gewisse Punkte befinden und es wurde immer darauf verwiesen „im Rohhaushalt“. Die einzelnen Produkte und Konten, die Bestandteil einer Haushaltssatzung sind, lagen nicht vor. Es wäre komplett unverantwortlich gewesen, blindlings irgendetwas zuzustimmen.

Herrn Fischer wiederstrebt es, dass in vorherigen Jahren mit dem Kämmerer Dr. Fehse, der auch keine Ausführungen gemacht hat in welcher Art und Weise diese Streichungen im Detail zu Stande gekommen sind. Er hätte es noch verstehen können, wenn sich eine Fraktion in der STVV konstruktiv einbringt und inhaltliche Anträge stellt; aber pauschal abzulehnen, ist keine vernünftige Politik.

Erst durch die Übersendung des Vorberichts ist Herrn Th. Apitz klargeworden, dass möglicherweise ein grundsätzlicher Besprechungsbedarf besteht. Er bezieht sich auf die Finanzerträge - Position Gewinnanteile aus verbundene Unternehmen und Beteiligungen - die von 90.000 € plötzlich auf 450.000 € gestiegen sind (Ausschüttungen aus der KEG).

Herr Peter Apitz sagt, dass das Haushaltsverfahren für 2018 für alle Stadtverordneten und auch für die Verwaltung neu war. Aus seiner Sicht ist das Verfahren danebengegangen, weil es Kommunikationsprobleme gab und gibt zu, dass das neue System größtenteils nicht von allen verstanden wurde. Er hofft, dass in einer konstruktiven Art und Weise an diesem Thema weiter gearbeitet wird.

Herr Hoffrichter weist daraufhin, dass er in der letzten Sitzung nachgefragt hat, welchen Status die Sitzung mit allen Fraktionen am 11.11.18 hat und was passiert, wenn keine Einigkeit erzielt wird. Darauf hat die Verwaltung geantwortet, dass die Sitzung am 11.11.18 keinen rechtlichen Status nach der Kommunalverfassung hat.

TOP 7 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 7.1 Überarbeitung der Satzung zum Bürgerbudget

6/DS/841

Herr Mörsel führt aus, dass die entsprechenden Änderungsvorschläge, die an ihn herangetragen wurden, in die überarbeitete Satzung mit aufgenommen wurden.

§ 3 (1) Fachbereich 2 wird durch Bürgerbudget ersetzt.

§5 (3) e) ein konkretes Förderziel benannt ist.

f) es sich um eine in sich abgeschlossene Maßnahme handelt.

g) bei Beschlüssen gegen die Stadtverordnetenversammlung nicht in die Planungsprozesse eingegriffen wird, wodurch Folgekosten und Projektverzögerungen entstehen.

§6 (1) (Erweiterung) Zudem besteht die Möglichkeit im Vorfeld der öffentlichen Abstimmungsveranstaltung an zwei Terminen im Rathaus abzustimmen. Es zählen jeweils nur die direkt und persönlich vor Ort abgegebenen Stimmen.

(3) (Erweiterung) Ein Überspringen von Vorschlägen ist nicht möglich. Verbleibt ein Restbudget, wird dieses in das Folgejahr übernommen.

Herr Sachse geht auf den § 5 f) in der Satzung ein und sagt wie wichtig dieser Punkt ist. Gerade im Bürgerdialog Heideland wurde festgestellt, dass die geplante Maßnahme zu teuer ist und nichts gemacht werden konnte.

Mit dem § 6 Abs. 1 hat Herr Sachse ein formales Problem. Die Absätze 1 und 2 in der alten Fassung bauen aufeinander auf. Wenn im Abs. 1 ein anderer Sachverhalt eingebaut wird, dann wird die Logik unterbrochen. Deshalb wäre es sinnvoller die Vorababstimmungsmöglichkeit in einem separaten Abs. 3 zu formulieren. Die Vorabstimmung müsste dann auch nach einem anderen Verfahren ablaufen.

Herr Wichary geht auf mögliche Querverweise ein und schlägt vor, einen Absatz 2a einzufügen.

Herr Dippe merkt an, dass grundsätzlich ein Tag der Entscheidung beschlossen und auch Sinn der Sache war, denn die Einwohner sollen an diesem Tag abstimmen. Nur im Ausnahmefall sollen die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, vorab abzustimmen. Er spricht sich auch für eine Variante 2a aus.

Herr Thomas Apitz schlägt vor, im § 6 (1) zweiter Satz: Zudem „soll“ die Möglichkeit....einzufügen, worauf Herr Wichary antwortet, dass „soll“ gebundenes Ermessen ist.

Herr Peter Apitz plädiert auf Grund des hohen Verwaltungsaufwandes, für einen Termin.

Zum § 6 Abs. 3 (Restbudget) möchte Herr Grasnick wissen, wo die Grenze ist.

Anhand der Stimmen gibt es eine Reihenfolge, so Herr Koch. Beim letzten Vorschlag kann geprüft werden, ob die Finanzierungslücke anderweitig gelöst werden kann.

Herr Sachse geht noch einmal auf den vorherigen Punkt zurück und regt an, die bisherigen Absätze 1 und 2 zu einem Absatz 1 zusammenzuziehen und die Abstimmungsweise in einem Absatz 2 separat zu regeln.

Herr Wichary sagt zu, wenn es eine elegantere Lösung gibt, diese auch zu entwickeln.

Der Vorsitzende schlägt vor, heute nur über die Tatsache des zusätzlichen Wahltermins abzustimmen und die konkrete Formulierung der Verwaltung zu überlassen.

Herr Dippe zum § 5 Abs. 3

c) – er (technisch) umsetzbar ist...

e) pauschale Spenden sind auszuschließen

f) in sich abgeschlossene Maßnahmen – konkreterer Formulierungsvorschlag?

Herr Peter Aplitz fragt nach, ob die Gesamtmaßnahme über 15.000 Euro, z.B. durch eingesetzte Fördermittel, wert sein darf.

Der Vorsitzende lässt über die einzelnen Ergänzungsvorschläge abstimmen:

§ 3 (1) Fachbereich 2 wird durch Bürgerbudget ersetzt.

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

§ 5 (3) e) Ein konkretes Förderziel soll benannt sein.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

f) Es sich um eine in sich abgeschlossene Maßnahme handelt.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

g) Bei Beschlüssen gegen die Stadtverordnetenversammlung nicht in die Planungsprozesse eingegriffen wird, wodurch Folgekosten und Projektverzögerungen entstehen.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

§ 6 Abs. 2a Zudem besteht die Möglichkeit im Vorfeld der öffentlichen Abstimmungsveranstaltung an zwei Terminen im Rathaus abzustimmen. Es zählen nur die direkten und persönlich vor Ort abgegebenen Stimmen.

Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

§ 6 (3) Ein Überspringen von Vorschlägen ist nicht möglich. Verbleibt ein Restbudget, wird dieses in das Folgejahr übernommen.

Zustimmung Ja 8 Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 0

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree beschließt die Satzung zum Bürgerbudget gemäß Anlage.

Zustimmung

TOP 7.2 Antrag der SPD-Fraktion: Für ein sauberes Fürstenwalde: Straßenreinigung ab 2019 durch die Fachgruppe Kommunalservice und Anpassung der Satzung über die Reinigung von Straßen der Stadt Fürstenwalde/Spree. 6/AN/814

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt die Reinigung der öffentlichen Straßen, nach dem Auslaufen bestehender Verträge, durch die Fachgruppe Kommunalservice durchführen zu lassen und die hierfür benötigten finanziellen Mittel für Personal und Maschinen in den Haushaltsplan 2019 einzustellen.

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt in Zusammenarbeit mit dem Stadtentwicklungsausschuss die Satzung über die Reinigung von Straßen der Stadt Fürstenwalde/Spree hinsichtlich der Verantwortlichkeit der Reinigung (Stadt oder Anlieger) und der in den Anlagen aufgeführten Straßen sowie der Reinigungsintervalle und des Reinigungsumfangs zu überarbeiten und Anlieger- und Bürgerfreundlicher zu gestalten.

Ablehnung Ja 1 Nein 9 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 7.3 Überprüfung Jahresabschluss 2016

6/DS/818

Der Jahresabschluss 2016 wurde bereits in der letzten Sitzung eingebracht. Die komm. Kämmerin steht für die Beantwortung der Fragen zur Verfügung.

Herr T. Apitz fragt, ob die Anpassung des JA 2016 auch verbunden werden kann, mit der Aufstellung des JA 2017.

Frau Brückner antwortet, dass der JA 2016 komplett neu angefasst werden muss, da die Bestände in den JA 2017 übertragen werden.

Herr T. Apitz: Hintergrund der Frage ist, dass bei Neufassung das Ganze Jahresabschlussprozedere und auch der hohe Aufwand erneut durchlaufen werden muss. Immerhin ist die Kommunalaufsicht der Grund dafür, dass der JA 2016 so aussieht, wie er aussieht. Er regt an, sich mit der Kommunalaufsicht in Verbindung zu setzen.

Frau Brückner stellt klar, dass der JA 2016 von der Kommunalaufsicht nicht beanstandet wurde, sondern der JA 2015.

Herr Sachse fragt nach dem Sinn des Ganzen und möchte wissen, ob hierfür Geld für einen Rechtsanwalt ausgegeben worden ist, um sich die rechtlichen Hintergründe zu beschaffen. Des Weiteren möchte er wissen, warum das Gespenst eines Haushaltssicherungskonzeptes an die Wand gemalt wird.

Herr Wichary teilt mit, dass keine Kosten an Externe für die Erstellung dieser Drucksache gezahlt worden sind.

Frau Brückner führt aus, dass sie in der Drucksache nur auf die Konsequenzen hingewiesen hat. Die Kommunalaufsicht hat der Stadt mehrmals nahegelegt ggf. freiwillig ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Letztendlich geht es darum, dass die Geschäfte nicht ordnungsgemäß dargestellt sind.

Herr Sachse möchte wissen, was der genaue Vorteil ist, wenn die Korrekturen vorgenommen werden und alles buchungstechnisch richtig dargestellt wird; denn er kann nach wie vor keinen Sinn erkennen, worauf Frau Brückner antwortet, dass der Vorteil darin liegt weiter weg von einem Haushaltssicherungskonzept zu sein und die Stadt einen gesetzlich und ordentlich aufgestellten Jahresabschluss hätte.

Herr Fischer weist nochmals daraufhin, dass es einen Beschluss der STV gibt, die Verantwortlichkeiten der Kommunalaufsicht im Kontext der Swap-Geschäfte zu prüfen. Aus Sicht der Stadt ist es wichtig, einen ordentlichen Jahresabschluss zu haben, um gegenüber der Kommunalaufsicht argu-

mentieren zu können, insbesondere auch bei der Prüfung welche Versäumnisse möglicherweise die Kommunalaufsicht zu verantworten hat.

Herr T. Apitz macht darauf aufmerksam, dass der außerordentliche Charakter nicht davon abhängt, ob das Geschäft rechtmäßig war oder nicht.

Herr Peter Apitz entnimmt aus der Diskussion, dass der Beschluss so wie ihn die Verwaltung vorgelegt hat abstimmungsfähig ist.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree hebt die Beschlüsse zur Drucksache 6/DS/613 auf.

Zustimmung Ja 4 Nein 3 Enthaltung 4 Befangen 0

2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree beauftragt den Bürgermeister, den Jahresabschluss 2016 hinsichtlich der Buchungen zu den CHF-Plus-Swaps von ordentlichen Erträgen und Aufwendungen in außerordentliche Erträge und Aufwendungen zu ändern und einen korrigierten Jahresabschluss zum 31.12.2016 vorzulegen.

Zustimmung Ja 4 Nein 3 Enthaltung 4 Befangen 0

TOP 7.4 Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2018/2019

6/DS/799

Für die Beantwortung der Fragen steht Frau Brückner zur Verfügung.

Herr T. Apitz möchte zunächst wissen, was sich hinter dem Punkt – Gewinnanteile verbundener Unternehmen – verbirgt. Wenn es die KEG ist, dann ist das ein Punkt über den, gerade wegen der Dauerhaftigkeit, diskutiert werden muss.

Herr Fischer: Konto 5734030 – Anstieg Dividende edis?
Er versteht den Paradigmenwechsel nicht.

Herr Sachse teilt mit, dass die KEG nach seinem Kenntnisstand ein Unternehmen, welches an Wind- und Solaranlagen beteiligt ist.

Frau Brückner: Die Ausschüttung der Dividende erfolgt an alle Gemeinden, worauf Herr Fischer sagt, bei der KEG, deren Geschäftsführer Herr Hengst ist, nachzufragen, wie es zu dem Ausschüttungsbeschluss gekommen ist.

Herr Wichary nimmt die Fragen mit und sendet die Antworten in schriftlicher Form an alle Stadtverordneten, um nicht in jedem Ausschuss die gleichen Fragen beantworten zu müssen. So sind alle Abgeordneten auf dem gleichen Kenntnisstand.

Herr Sachse: Ausschüttung von 100.000 € durch den Stadtforst
Frau Brückner: Es gibt eine Drucksache zur Nichtausschüttung in 2018.

Herr Sachse: FSV Union keine Förderung in 2019

Frau Brückner: Es sind 460.000 € im Kostenträger 4211033 – Friesenstadion – Konto Zuschüsse Sportförderung eingestellt.

Herr Wichary: 300.000 Euro (lt. Beschluss) und 160.000 € Bewirtschaftungskosten wurden geplant.

Herr Sachse fragt nach, wenn die 300.000 € geplant sind, warum es dann diese Auseinandersetzungen mit dem Verein gibt.

Hierzu teilt Herr Wichary mit, dass er auf Grund des laufenden Verfahrens, die Frage im nichtöffentlichen Teil beantworten wird.

Er nennt noch einen grundsätzlichen Punkt. Alle reden immer davon, wie marode die Haushaltssituation ist. Er möchte von Frau Brückner wissen, wie sie darauf kommt, dass der Haushalt marode ist. Frau Brückner führt aus, dass für sie die Haushaltssituation prekär ist, weil eben nicht alles umgesetzt werden kann was notwendig ist. So wie der Haushaltsplan jetzt aufgestellt ist, wird auch im Jahr 2019 der Kassenkredit nicht abgebaut.

Herr Fischer richtet die Antwort an Herrn Sachse und sagt, dass es viel mehr Anmeldungen gibt zum einen im Bereich der laufenden Verwaltung (Feuerwehr, Fuhrpark Kommunalservice etc.). Außerdem gibt es große Notwendigkeiten im Zusammenhang mit Kita- und Hortplätzen. Es fehlen über 350 Kitaplätze in der Stadt und man kann nicht immer auf den arme Kommunalfonds warten.

Herr Hoffrichter hat eine formale Frage und möchte wissen, wenn der Haushalt erst im Dezember beschlossen wird, er dann seine Wirksamkeit erst einen Monat später entfalten kann.

Frau Brückner: Die vorläufige Haushaltsführung ist mit der Veröffentlichung der Haushaltssatzung im Amtsblatt beendet.

Herr Hajduk fragt zur Stellenplanerweiterung – von 271 Stellen auf 341 Stellen.

Herr Dippe bittet Herrn Hajduk um die konkrete Benennung der Stellen, auf welche er verzichten könnte.

Herr Hajduk nennt insbesondere die IT-Stellen.

Herr Wichary merkt für seinen Zuständigkeitsbereich (Kitas und Schulen) an, dass durch die Ausbringung des Glasfaserrings die Kitas angeschlossen und direkt betreut werden müssen. Dafür ist eine zusätzliche Administrationsstelle notwendig. Sämtliche Außenstellen der Stadtverwaltung wurden mit Serverschränken ausgestattet. Mit dem Anschließen der Schulstandorte-IT an das städtische Netzwerk ist die Versorgung der Klassenräume und Kabinette der Schulen gemäß den verschiedenen Medienkonzepten erforderlich. Für die fachlich-inhaltliche Betreuung vor Ort in den Schulen ist eine personelle Unterstützung notwendig.

Herr Thomas Apitz bezieht sich auf eine Diskussion auf Facebook zwischen Fr. Alter und dem Bürgermeister zur Rechtssicherheit des Verfahrens zur Haushaltssatzung. Er möchte wissen, ob die Satzung erst vorgelegt werden muss und dann in die Ausschüsse geht oder ob der Haushalt gleich im ersten Ritt beschlossen werden kann.

Herr Wichary erwidert, dass er die Frage nicht beantworten kann.

Frau Brückner teilt mit, dass rein formal im Gesetz steht, dass der Kämmerer den Entwurf aufstellt und der Bürgermeister diesen feststellt. Zum weiteren Prozedere gibt es keine gesetzlichen Grundlagen.

Herr Sachse erwähnt noch, dass das Nichtanzünden der Weihnachtsbaumbeleuchtung ein Schaden für die Stadt ist, den der Bürgermeister abwenden sollte.

Herr Wichary teilt daraufhin mit, dass er seit dem 8.10.18 dabei ist jede Woche zu überlegen, in welchen Fällen er sich intern dafür ausspricht, Kosten entgegen des Votums der komm. Kämmerin zu leisten und stellt klar, dass auch vieles gemacht wurde, was nicht in der Zeitung steht. Bei den Weihnachtsfeiern ist ihm in seinem FB ein Fehler unterlaufen. Die Seniorenweihnachtsfeier ist gerettet; auch der Weihnachtsmarkt findet statt. Dieser kostet sehr viel mehr als die Weihnachtsbaumbeleuchtung.

Der Vorsitzende merkt abschließend an, da der HÜA der erste Ausschuss ist der über den Haushalt berät, möchte er heute ungern ein Votum abgeben.

Dem schließen sich die Mitglieder an.

TOP 8 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Keine Anfragen seitens der Mitglieder.

TOP 9 Informationen der Verwaltung

Keine Informationen

TOP 10 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der öffentliche Sitzungsteil wird geschlossen und die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Die Niederschrift umfasst 9 Seiten.

Sebastian Rausch
Vorsitzender

Anke Marggraf
Schriftführerin